5. Hamburger Ratschlag | 23. November 2018

Dokumentation.

Die Zunkunft, die wir wollen – das Hamburg, das wir brauchen.

hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN

hamburger ratschl
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN

Eine starke Zivil-gesellschaft.

Dokumentation

BUND, Marie-Schlei-Verein, SID Hamburg – Gesellschaft für internationale Entwicklung, die W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V. und der Zukunftsrat Hamburg luden stellvertretend für insgesamt 14 Nichtregierungsorganisationen ein zum:

5. Hamburger Ratschlag zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, Freitag, 23. November 2018, 13 bis 18 Uhr, Bürgersaal Wandsbek

Ablauf

Nach der Begrüßung durch Prof. Dr. h.c. Randzio-Plath, Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins und in Vertretung für die Veranstalter, folgte ein Impulsvortrag von Prof. Dr. Alexander Bassen, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und u. a. Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) der Bundesregierung, zum Thema „Deutschland, Hamburg und die UN-Agenda 2030: Geht so Nachhaltigkeit?“.

Unter dem Schwerpunktthema „Soziale Nachhaltigkeit“ wurden anschließend in zwei Workshops erarbeitet, welche Handlungsempfehlungen der Ratschlag der Hamburger Politik zur Bekämpfung von Armut und für Gute Arbeit jetzt geben kann.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen im Plenum wurden diese abschließend und mit VertreterInnen der Hamburger Bürgschaft diskutiert.

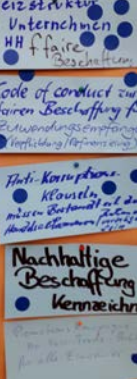
Die Moderation übernahm Dr. Anke Butscher.

Zusammenfassung Begrüßung durch Prof. Dr. h.c. Randzio-Plath

Drei Jahre nach der Verabschiedung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung kommt die Umsetzung der Agenda und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) in Deutschland und Hamburg voran.

Die Stadt muss ihre Ambitionen allerdings deutlich steigern, denn trotz positiver Trends ist die Umsetzung noch vielfach unzureichend. Auch die Bekanntheit der UN-Agenda in Parteien und in der Bevölkerung ist zu gering. Das muss und möchte der Hamburger Ratschlag ändern. Denn gerade die Betroffenheit so vieler Menschen zu Themen, die wir immer wieder und aktuell sehen, etwa über den Klimawandel, Forschungsberichte, die soziale Entwicklung, Ausbeutungsverhältnisse von Menschen oder die dramatische zunehmende Ungleichheit, muss dazu beitragen, dass die mehr werden, die sich um die Umsetzung der Agenda 2030 kümmern. Das ist zwingend notwendig, denn Ban Ki-moon (UN-Generalsekretär von 2007 bis 2016) sagte schon: „Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, Armut zu beseitigen, und gleichzeitig vielleicht die letzte Generation, die noch die Chance hat, unseren Planeten zu retten“. Um dieser Verantwortung für die Gesellschaft und für nachfolgende Generationen gerecht zu werden, braucht es Zukunftslösungen für alle Bereiche.

Das sind große Herausforderungen und der Hamburger Ratschlag wünscht, auf Bundes- und Landesebene ein gemeinsames Leitprinzip des Handelns sowie der Ergänzung der Hamburger Verfassung um einen zusätzlichen Satz in der Präambel: „Der ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Nachhaltigkeit als Leitprinzip ihres Handels ist die Freie und Hansestadt Hamburg verpflichtet.“



Nachhaltigkeitsstrategie Hamburg?

Zusammenfassung Impulsvortrag „Deutschland, Hamburg und die UN-Agenda 2030: Geht so Nachhaltigkeit?“, Prof. Dr. Alexander Bassen

Prof. Dr. Alexander Bassen berichtet über die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, deren Umsetzung, deren Anpassung und deren weiteren Entwicklung und die Frage nach der Implementierung („nicht nur Prozesse anstoßen, sondern auch real umsetzen“).

In diesem Zusammenhang berichtet Bassen vom Peer Review 2018 (internationales Expertengutachten zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik). Sein Fazit hier u.a.: Erst mit der Konkretisierung der SDG kommt man in die Umsetzungsphase, sonst verläuft man sich auf der 2. Metaebene.

Aber gerade bei der Umsetzung der SDG scheinen permanente Zielkonflikte („Kompromisse bei der Erreichung der Ziele“) vorzuherrschen. Das stimmt aber nur teilweise; viele Zielkonflikte sind nur konstruiert. Angenommene Zielkonflikte sollten dementsprechend immer ganz konkret überprüft werden. Als Beispiel führt Bassen nachhaltige Kapitalanlagen an: Die Annahme, dass nachhaltige Kapitalanlagen nur möglich zulasten der Rendite oder dem Risiko sind, ist falsch! Das ist das Ergebnis einer Auswertung von über 2.000 Studien. Ein Zielkonflikt zwischen Nachhaltigkeit und Ökonomie in diesem Bereich ist nicht haltbar: „Nachhaltige Geldanlagen bringen eine gute Rendite und zeigen, dass Ökonomie und Nachhaltigkeit sich nicht immer widersprechen.“

Zur Einstellung der Verantwortlichen zu einer Nachhaltigkeitsstrategie für die Stadt Hamburg zitiert Bassen eine rund sechs Jahre alte Aussage des damaligen Hamburger Bürgermeisters und heutigen Finanzminis-

Soziale Teilhabe

ters Olaf Scholz auf die Frage, wie es mit einer Nachhaltigkeitsstrategie für Hamburg aussieht: „So etwas brauchen wir nicht!“ Ein Prozess, der vor sechs Jahren noch nicht zu erwarten war, ist erfreulicherweise nun angestoßen. Aber gerade was nachhaltige Kapitalanlagen betrifft, würde sich Bassen freuen, wenn sich Hamburg von Bundesländern wie Hessen, Nordrhein-Westfalen bei der Verfolgung der SDG inspirieren ließe, da diese bereits Nachhaltigkeitskriterien in Finanzierungsfragen implementiert haben. Darüber hinaus weist Bassen auf zwei Punkte hin, die bei der Diskussion um die SDG eine gewisse Gefahr darstellen, welche vor allem bei der Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie in Unternehmen sichtbar wird: Im Rahmen des RNE-Berichtswesens (Deutscher Nachhaltigkeitscodex) findet bei der Umsetzung der SDG ein „Cherrypicking“ statt.

Zusammenfassung Workshop AG 1 – Armutsbekämpfung, Soziale Teilhabe und Geschlechtergerechtigkeit

Die Arbeitsgruppe, geleitet und moderiert von Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender, Sozialverband Deutschland e.V., Landesverband Hamburg und unterstützt vom Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Timm Kunstreich, begann mit einem einführenden Teil zu Sozialdaten und Statistiken.

Ziel dieses Parts war es, den Anwesenden die soziale Lage der Menschen in Hamburg sowie maßgeblich von Armut betroffene Personengruppen aufzuzeigen und auf einen gemeinsamen Wissenstand für die anschließende Diskussion zu bringen. Anschließend debattierten die Teilnehmer*innen der Arbeitsgruppe angeregt und lebhaft zu den aus der Senatsdrucksache entsprechenden Themenbereichen (Bildung, strukturelle Unterstützung von Familien, Teilhabe von Menschen mit

Beeinträchtigungen, Gleichstellung, bezahlbarer Wohnraum, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Integration von Geflüchteten), über die in der Drucksache genannten Ansätze der Freien und Hansestadt und benannten dazu zahlreiche Defizite und Leerstellen des Handelns.

Zentrale Erkenntnisse der Arbeitsgruppe sind, dass Hamburg eine sozial und monetär gespaltene Stadt ist, in der eine strukturelle Ungleichheit vorhanden ist und von Armut betroffene Menschen häufig in mehrfach von armutsbegünstigenden Lebens- und Problemlagen leben. Die herrschende Realität anzuerkennen, die Gründe eingehend zu analysieren und mit wirksamen Maßnahmen gegen diese und Armut vorzugehen sowie gesellschaftliche Teilhabe zu stärken, sind die zentralen Forderungen der Arbeitsgruppe.

Zusammenfassung Workshop AG 2 – Gute Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit

An der Arbeitsgruppe, geleitet und moderiert von Katja Karger, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Hamburg, haben circa 30 Personen teilgenommen.

Nach der Einführung wurde in drei Arbeitsgruppen die Bereiche Arbeitsmarktpolitik, Prekäre Beschäftigung und Fairer Handel der Senatsdrucksache von den Teilnehmenden auf Fehlstellen analysiert. Im Anschluss wurden die in der Drucksache fehlenden Punkte durch die Teilnehmenden diskutiert und als Forderungen aufgestellt.

hamburger ratschlag

5. Hamburger Ratschlag

23. November 2018

hamburger ratschlag

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN

Abschluss-diskussion

Im Fishbowl-Format diskutieren die Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Carola Ensslen (DIE LINKE), Christel Nicolaysen (FDP), Jens-Peter Schwieger (SPD) und Wolfhard Ploog (CDU) sowie Michael Gwosdz als Vertretung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die in den Arbeitsgruppen erarbeiteten Forderungen mit dem Forum.

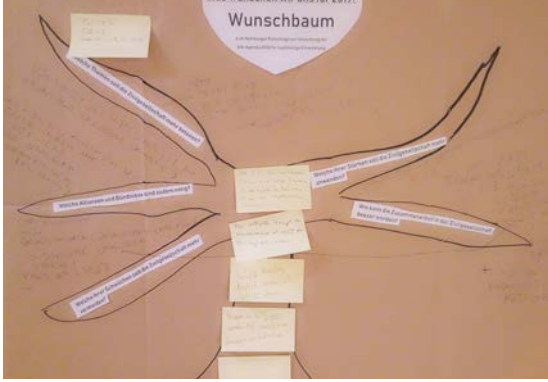
In ihren Abschlussstatements erklären die Abgeordneten außerdem folgendes: Jens-Peter Schwieger (SPD) nimmt als Idee aus der Veranstaltung mit, das Deckblatt von Anträgen (Aufträge und Ersuchen an den Senat) um die SDG zu ergänzen. Dadurch ist auf einen Blick kenntlich, welchen Zielen der UN-Agenda der eingereichte Antrag zuzuordnen ist bzw. wie der Antrag der Zielerreichung dient.

Michael Gwosdz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schließt sich dem Vorschlag des Abgeordneten Schwieger an und ergänzt, dass es dabei auch wichtig wäre zu erkennen, welchen Zielen der Antrag ggf. auch entgegenstehen würde. Er lobt weiterhin ausdrücklich die Arbeit des Hamburger Ratschlags, dass dieser darauf fordert die SDG ernst zu nehmen, Berichte fortzuschreiben, daraus eine Strategie zu entwickeln und in den Gesamtzusammenhang zu setzen.

Dr. Carola Ensslen (DIE LINKE) fehlt es insgesamt an hinreichend konkreten Zielen sowie der Nachvollziehbarkeit der Umsetzungsschritte und der Kontrolle der Zielerreichung. Der Senat bezieht hier in der Drucksache nicht konkret Stellung und ist nicht ambitioniert genug. Sie wünscht sich ein genaueres „Was soll wie umgesetzt werden“.

Christel Nicolaysen (FDP) pflichtet der Abgeordneten Ensslen bei und ergänzt, dass die Drucksache eher einer Absichtserklärung entspricht denn einem konkreten Plan zur Umsetzung. Es fehlen Kriterien zur Messbarkeit (Indikatoren).

Wolfhard Ploog (CDU) pflichtet seinen Vorrednern bei und möchte die Erkenntnisse und Ergebnisse der Arbeitsgruppen in den Fraktionsarbeitskreis einbringen und sehen, was „wir politisch daraus machen“.



„Wunschbaum“ – Wünsche einiger Anwesender für 2019

Welche Themen soll die Zivilgesellschaft mehr betonen?

- Das aktuelle Konzept der Handelsverträge ist nicht fair. Das muss sich ändern!
- CO_2-Ausstoß drastisch senken, zum Beispiel mit CO_2-Steuern.
- Fliegen muss TEURER werden, desgl. Kreuzfahrten. Aussteigen aus Kohlestrom.

Welche Allianzen und Bündnisse sind zudem nötig?

- „CLUSTER“ SDG 17: SDGs 6,7,11,13,14
- Vorsorgendes Wirtschaften (feministische ökologische Ökonomie)
- Care-Revolution GWÖ, Grundeinkommen (Ökologisch, feministisch)
- Thema Smart City neu besetzen („smart citizens“)
- Solidarische Ökonomien, SOLAWis, Recht auf Stadt

Wie kann die Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft besser werden?

- Kollektives solidarisches Zusammenarbeiten institutionell nachhaltig absichern
- Individuelle, kollektive, gesellschaftliche Resilienz (vgl. Handbuch Nachhaltiger Aktivismus)
- z.B. Care-Räte, Ernährungsräte in HH (z.B. Poliklinik Veddel, SoLaWis etc.) und andere best practices sichtbar machen
- Die Ziele für nachhaltigen Konsum + nachhaltige Produktion in die Köpfe der Menschen bringen, d.h. Multiplikatoren*innen Schulungen.
- Demokratisierung

Zur vertiefenden Information finden Sie die Forderungen und Dokumentationen zum Hamburger Ratschlag unter:

www.2030hamburg.de/category/ratschlag/

Der Ratschlag wird organisiert von:

W3 – WERKSTATT FÜR INTERNATIONALE KULTUR UND POLITIK

ZUKUNFTSRAT HAMBURG
DAS NETZWERK FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

MARIE-SCHLEI-VEREIN

Beteiligte Organisationen:

DGB

ver.di

Landesfrauenrat Hamburg e.V.

ERZBISTUM HAMBURG

imic e.V.
Interkulturelles Migranten Integrations Center

Lawaetz-Stiftung

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

KED
Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordkirche

SoVD
Sozialverband Deutschland
Landesverband Hamburg

Finanziell gefördert von:

@NUE

BINGO! Umweltstiftung

RENN.nord
Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien

Stand 01_2019

Hamburger Ratschlag
Christa Randzio-Plath, Vorsitzende (ViSdP) Marie-Schlei-Verein e. V.
Grootsruhe 4, 20537 Hamburg
www.2030hamburg.de

hamburger ratschlag
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN